

Gute und böse Eurokommunisten

(Zum Besuch Enrico Berlinguers in Peking)

Oskar Weggel

Während die chinesischen Ideologen Anfang der sechziger Jahre Togliattis 12 Thesen über eine neue Form des Eurokommunismus aufs schärfste bekämpften - und 1966 sogar die Beziehungen zur KPI abgebrochen hatten - begrüßten sie Enrico Berlinguer, den neuen KPI-Vorsitzenden im April 1980 als Freund und sozialistischen Mitkämpfer, obgleich das neue KPI-Programm von den alten Togliatti-Grundsätzen nur wenig abweicht. Was Peking an den europäischen KPs heutzutage besonders interessiert, ist nicht ihr "Eurokommunismus", der nach wie vor mit Stirnrunzeln betrachtet wird, sondern vielmehr ihre Moskau-freundliche oder aber Moskau-feindliche ("antihegemonistische") Einstellung. Prüfstein dafür war in den letzten Monaten die Haltung der einzelnen KPs zum sowjetischen Afghanistan-Unternehmen. Die KPF zog sich dabei eine Rüge Chinas zu, während die KPs von Italien und Spanien mit Lob bedacht wurden.

I. Der UPI-Besuch in China

Eine Delegation der KPI unter Leitung ihres Generalsekretärs Enrico Berlinguer stattete der VR China vom 14.-23. April einen Freundschaftsbesuch ab. Hauptgesprächspartner Berlinguers waren Parteichef Hua Guofeng, Deng Xiaoping sowie der Generalsekretär der KP, Hu Yaobang. Beide Seiten waren sich darüber einig, daß die "vorübergehend unterbrochenen" Beziehungen zwischen ihren KPs wiederaufgenommen seien, und daß dieses Ereignis als Markstein in der Entwicklung der Internationalen Arbeiterbewegung einzuschätzen sei (1).

Die KPI ist die größte eurokommunistische Partei. Gegründet im Jahre 1921, zählt sie heute einen Mitgliederbestand von 1,75 Millionen. Während der Wahlen im Juni 1979 konnte sie 11 Millionen Stimmen (=30%) auf sich vereinigen und hält nunmehr 201 Sitze in der Abgeordnetenkammer und 109 Sitze im Senat. Die KPCh rühmt besonders den Widerstand der KPI gegenüber dem früheren Franco-Faschismus in Spanien, gegenüber dem Mussolini-Faschismus in Italien und später gegen die "deutschen faschistischen Besatzer" (2).

II. Wechselvolle Beziehungen zwischen KPCh und KPI

a) Die 12 Togliatti-Thesen 1966 waren die Beziehungen zwischen beiden Parteien abgebrochen worden, nachdem es schon vorher zu schweren ideologischen Auseinandersetzungen gekommen war. Fast gleichzeitig mit den ideologischen Auseinandersetzungen gegenüber der KPdSU, die vor allem in den neun Kommentaren von 1963 und 1964 deutlich wurden, rechnete Peking auch mit dem "modernen Revisionismus" in Westeuropa sowie in den USA ab. Hierbei standen die französische KP (damals unter Maurice

Thorez), die KPI (damals unter Togliatti) und die KP der USA im Mittelpunkt der chinesischen Ideologieattacken. Alle drei Parteien wurden mit den "Revisionisten der Tito-Clique" in einen Topf geworfen.

Zwölf Thesen Togliattis hatten vor allem den Unwillen der Chinesen erregt (3), nämlich

1. der gefährliche Klassenkampf zwischen den Völkern und Nationen solle durch einen friedlichen Wettbewerb zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern ersetzt werden; am Ende dieses Wettbewerbs setze sich der Sozialismus kraft seiner Überlegenheit ohnehin durch.

2. Besonders in Europa müsse die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsstruktur intensiver gestaltet werden. Gemeinsam müsse man zugunsten des Fortschritts der unterentwickelten Gebiete arbeiten.

3. Die Aufteilung Europas und der Welt in Blöcke sei zu überwinden und ein einheitlicher Weltmarkt wiederherzustellen, den man sodann durch "Strukturreformen" von kapitalistischen Elementen befreien müsse.

4. Die moderne Militärtechnik habe den Charakter des Krieges verändert. Die Gefahr einer Selbstvernichtung der Menschheit liege in greifbarer Nähe.

5. Im Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz sei eine neue Welt zu schaffen, deren Hauptmerkmal darin besteht, daß sie eine Welt ohne Kriege ist.

6. Da das Kolonialsystem fast völlig zusammengebrochen sei, gebe es keine dem Imperialismus vorbehaltene Einflusssphären mehr.

7. In der kapitalistischen Welt bestehe bereits heute ein Trend zu strukturellen Reformen und zu Reformen sozialistischer Art, die mit dem wirtschaftlichen Fortschritt und der neuen Ausweitung der Produktivkräfte in Zusammenhang stünden.

8. Der Begriff "Diktatur des Proletariats" sei neu zu interpretieren. Man dürfe die Methoden aus den schweren Tagen des frühsowjetischen Bürgerkriegs und des anfänglichen sozialistischen Aufbaus nicht auf ewig weiter konservieren.

9. Der parlamentarische Weg sei mit Vorrang zu beschreiten.

10. Das kapitalistische Italien könne zu einem Staat des ganzen Volkes werden.

11. Verstaatlichung, Programmierung und Eingreifen des Staates in das Wirtschaftsleben seien die eigentlichen Kampfmittel gegen die Macht des Großkapitals und der Monopolgruppen. Es bedürfe keiner umfassenden Volksrevolution mehr.

12. Die zunehmende Verwendung planwirtschaftlicher Methoden durch die bürgerliche Staatsführung sei ein Anzeichen für das Heranreifen der objektiven Bedingungen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

b) Die Stellungnahme der KPCh zu Togliattis Thesen im Jahre 1963

Die Chinesen warfen der KPI damals vor, sie versuche, den Klassenkampf durch Klassenzusammenarbeit, die proletarische Revolution durch "Strukturreformen" und die nationale Befreiungsbewegung durch "gemeinsames Eingreifen" zu ersetzen. Anstelle des Klassenkampfes zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsstruktur (Thesen 1, 2 und 3) setze Togliatti den friedlichen Wettbewerb. Den Widerspruch zwischen imperialistischem und sozialistischem Lager interpretiere er als Widerspruch zweier Militärblöcke und nicht als Widerspruch zweier sozialer Systeme. Die These, daß "der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" sei, könne ferner keineswegs als überholt angesehen werden (zu These 4). Nicht die Waffe, sondern der Mensch entscheidet letztlich. Die Atombombe ist ein "Papiertiger". Kriege sind solange unvermeidlich, wie ein kapitalistisch-imperialistisches System besteht. Erst nach dessen Ausmerzung wird die Zeit des ewigen Friedens für die Menschheit kommen (zu These 5).

Zwar ist das Kolonialsystem alter Ordnung zusammengebrochen, doch bestehen "mehrere kolonialistische" Strukturen weiter. In den ausgebeuteten Ländern liegen die schwachsten Kettenglieder des Imperialismus. Es gilt, den Feind gerade dort zu treffen (These 6).

Strukturelle Reformen könnten niemals die proletarische Revolution ersetzen. Italien habe

beispielsweise mit seinen 400.000 Mann Soldaten und 30.000 Mann Gendarmerie bisher noch jeden Streik und jede Demonstration der Werktätigen unterdrückt. Mit friedlichen Mitteln sei hier kaum etwas zu erreichen. Nur der große Kehraus führe zum Erfolg (gegen These 7). Dieses Argument sei besonders dem "parlamentarischen Kretinismus" Togliattis entgegenzuhalten (These 9). Solange der bürokratisch-militärische Staatsapparat der Bourgeoisie besteht, werde es für das Proletariat und seine Verbündeten unmöglich sein, unter normalen Bedingungen und in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Wahlgesetzen die parlamentarische Mehrheit zu gewinnen. Die Geschichte kenne keinen einzigen Fall, in dem unterdrückte Klassen durch Wahlen zur herrschenden Klasse wurden (im Jahre 1979 legten die Wahlen in Italien demgegenüber das Fundament für eine langfristig angelegte Regierungsbeteiligung der Kommunisten).

Togliatti gebe sich ferner einer Illusion hin, wenn er glaube, daß das Proletariat die Macht ohne eine Zerstörung der bestehenden Staatsmaschinerie erobern könne. Damit trete Togliatti in die Fußstapfen des "Revisionisten" Kautsky, dessen Thesen bereits von Lenin einer fundamentalen Kritik unterzogen worden waren. Wie die Erfahrungen der Oktoberrevolution, des jungen Sowjetstaates und der VR China zeigten, sei die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie und die Schaffung eines neuen staatlichen Apparates das "Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staate".

Was die KPI-These vom "Staat des ganzen Volkes" und der "Partei des ganzen Volkes" anbelangt, so hielten die Chinesen ihr damals entgegen, daß es nur eine Klassenpartei und einen Klassenstaat, nicht aber einen über den Klassen "frei schwebenden" Apparat gebe (zu These 10).

Thesen 11 und 12 schließlich wurden als "reformistisch" verworfen.

c) Die Stellungnahme der KPCh zu Togliattis /Berlinguers Thesen im Jahre 1980

In den 17 Jahren, die seit dieser ideologischen Auseinandersetzung vergangen sind, haben sich Entwicklungen angebahnt, die vor allem der chinesischen Argumentation zum Teil den Boden entzogen haben. Die chinesischen Ideologen gingen seinerzeit noch vom Bestehen eines sozialistischen und eines kapitalistischen Lagers aus, sie hielten den "US-Imperialismus" für den Hauptfeind der proletarischen Revolution, sie betrachteten die Sowjetunion - trotz der bereits angelaufenen Ideologie-Auseinandersetzungen - immer noch als potentiellen Kooperationspartner, und sie hatten gegenüber dem Westen und seinen "kapitalistischen" Gesellschaftsordnungen immer noch eine verhältnismäßig dogmatische Einstellung, die damals noch nicht durch praktische Kontakte aufgeweicht war.

Aus der Sicht des Jahres 1980 kann man feststellen, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen beiden KPs vor allem durch chine-

sisches Nachgeben ermöglicht worden war. Die KPI ist kaum von den damaligen Grundsätzen und Erkenntnissen Togliattis abgewichen, hat diese vielmehr im Gegenteil sogar noch weiter vorangetrieben, indem sie - unter Federführung Berlinguers - die "Diktatur des Proletariats" noch stärker relativierte und den Klassenkampf praktisch ad acta legte.

Nachgegeben hat vielmehr die KPCh, die von vielen ihrer einst so verbissen umkämpften Positionen abgerückt ist. So beispielsweise steht auch in der Volksrepublik China seit den Dezember-Beschlüssen von 1978 der Klassenkampf nicht mehr an erster Stelle. Vielmehr ist nun die Modernisierungspolitik ganz in den Vordergrund gerückt, deren außenpolitische Folgen u.a. darin bestehen, daß der Klassenkampf gegenüber kapitalistischen Gesellschaftsordnungen de facto eingestellt worden ist. Zumindest in den Thesen 1, 2 und 8 sind sich KPI und KPCh damit praktisch nähergekommen. Auch die These vom Volksstaat ist von den Chinesen inzwischen in aller Stille anerkannt worden (These 10).

Die acht weiteren Grundsätze Togliattis dagegen bleiben zwischen beiden Parteien latent streitig.

- China hält beispielsweise die Aufteilung Europas und der Welt in Blöcke für vorerst unüberwindbar. Schuld daran sei der "Hegemonismus" Moskaus (zu These 3). Die Blockbildung werde nicht zuletzt aber auch durch die Zugehörigkeit Italiens zur NATO und zur EG bekräftigt, die von der KPI in dankenswerter Weise unterstützt werde (4).

- China widerspricht offiziell auch nach wie vor der KPI-These, daß die moderne Militärtechnik den Krieg in seinem Wesen qualitativ gewandelt habe. Nach wie vor hält man in Peking an dem Diktum Maos fest, daß der Krieg sich in erster Linie zwischen Menschen - das heißt letztlich also auch zwischen verschiedenen Gesellschaftsklassen - vollziehe, und daß der Krieg nichts anderes sei als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Mit der Aufgabe der Klassenkampfpriorität allerdings, nicht zuletzt aber auch mit dem Streben nach militärischer Modernisierung gibt die neue chinesische Führung indirekt zu erkennen, daß moderne Waffen nicht weniger wichtig sind als die Qualität der Kombattanten.

- China hält nach wie vor - angesichts des sowjetischen Hegemonismus - die Gefahr eines neuen Weltkriegs für unvermeidbar, während nach KPI-Ansicht eine Welt ohne Kriege machbar ist (These 5).

- Auch die These vom Zusammenbruch des Kolonialsystems wird von China nicht geteilt. Aus Pekinger Sicht hat vielmehr die Nahostpolitik der Sowjetunion und der Einsatz kubanischer Söldner im Dienste Moskaus in mehreren Staaten Afrikas bewiesen, daß der

Kampf um Europa und letztlich um die Weltherrschaft sich zunächst an den gefährlichen Rändern Europa und letztlich um die Weltherrschaft sich zunächst an den gefährlichen Rändern entfaltet. Anstelle des alten Kolonialsystems ist nach Pekinger Auffassung eine neue Form vielfältiger Abhängigkeit von der Sowjetunion entstanden (zu These 6).

- Auch mit der These von "strukturellen Reformen" anstelle der sozialistischen Revolution kann China sich offiziell selbst im Jahre 1980 noch nicht anfreunden. Im Zuge des Modernisierungskurses dürfte diese harte Einstellung allerdings langfristig aufgeweicht werden (zu These 7).

- Widerspruch erfährt in Peking auch die Forderung nach Machtergreifung auf parlamentarischem Wege. Zuletzt hat Peking noch den Sturz Allendes als Beweis dafür herausgestellt, daß eine solche parlamentarische Lösung nicht zum Ziele führe. Der alte Staat und seine Behörden müßten vielmehr mit Stumpf und Stiel vernichtet werden. Der neue sozialistische Staat müsse auf neuen und eigenen Fundamenten errichtet werden (zu These 9). Mit ähnlichen Argumenten werden die Thesen 11 und 12 angegriffen.

d) Warum die Wiederversöhnung? (Differenzen minimalisieren, antihegemonistische Gemeinsamkeiten maximieren)

Läßt man diese Punkte Revue passieren, so kommt man prima facie zu dem Schluß, daß eine Wiedernäherung zwischen KPCh und KPI auch im Jahre 1980 noch nicht hätte erfolgen dürfen, da zwei Drittel der Thesen Togliattis nach wie vor nicht die chinesische Billigung erfahren.

Gleichwohl hat Peking beschlossen, unter die Vergangenheit einen dicken Strich zu ziehen, bei allen Dissonanzen wegzuhören und nur auf jene Töne zu achten, die in den Ohren beider Parteien wohlklingen. Solche Konkordanz sind vor allem die gemeinsame Mißbilligung des sowjetischen "Sozialimperialismus", die Forderung nach einem eigenen unabhängigen ("dritten") Weg für den Eurokommunismus, die Nichtanerkennung eines internationalen "Zentralismus" (Zhongxin zhuyi), d.h. einer Komintern-, einer Kominform oder irgendeiner anderen zentralen Führungsstelle in der internationalen Kommunistischen Bewegung, und die Auffassung, daß Italien nach wie vor der NATO und der EG angehören müsse. Der vielleicht wichtigste Grund aber für das gemeinsame Wohlbehagen besteht darin, daß die KPI nicht nur den Einmarsch der Sowjetstreitkräfte in die Tschechoslowakei (1968), sondern neuerdings auch die sowjetische Intervention in Afghanistan nachdrücklich mißbilligt hat. Afghanistan vor allem war die große Bewährungsprobe, die die KPI in chinesischen Augen so großartig bestanden hat. Diescharfe Verurteilung des Afghanistan-Unternehmens der Sowjetunion von seiten der KPI war aus chinesischer Sicht offensichtlich ein ausreichender Beweis

für die Unabhängigkeit und Standfestigkeit der KPI. Das Kabul-Unternehmen war ja in der Tat ein Ereignis, das tiefe Spuren im Profil der einzelnen KPs hinterlassen hat. Während George Marchais, der Vorsitzende der französischen KP, nach dem Afghanistan-Unternehmen die Sowjetunion besuchte, fanden sich auf der anderen Seite Belgrad und Bukarest, die spanische KP, die nordkoreanische KP und die KPI plötzlich in einem gemeinsamen Boot mit den Chinesen. Selbst die japanische KP, die so lange als moskautreuer galt, hat sich nach Afghanistan von Moskau distanziert. KPdSU und KPJ hatten zwar jahrelang gewisse Konflikte, vor allem über die von der Sowjetunion besetzten Kurileninseln, doch war man sich noch am 25. Dezember 1979 selbst in dieser Frage nähergekommen, als die Vorsitzenden beider Parteien, Leonid Breschnew und Kenji Miyamoto, ein Kommuniqué unterzeichneten, in dem die Übereinstimmung in wichtigen Fragen ausgesprochen war. Doch schon drei Tage später hatte die Sowjetunion ihre Divisionen nach Afghanistan entsandt - mit der Folge, daß Miyamoto und die KPJ auf ganzer Linie an Gesicht verloren.

Es müßte für Peking durchaus verlockend sein, diese Entfremdungserscheinungen zwischen Moskau und sechs KPs zu seinen - antihegemonistischen - Zwecken auszunutzen. Die Wiederversöhnung mit der KPI könnte dazu ein erster Schritt sein.

Die Chinesen "stiegen" deshalb protokollarisch voll ein: Insgesamt kam es zu neun Gesprächsrunden mit der Pekinger Führung, darunter mit dem Parteivorsitzenden Hua Guofeng sowie mit Deng Xiaoping, vor allem aber - siebenmal - mit Hu Yaobang, dem Generalsekretär der KPCh (5). Hu Yaobang betonte u.a., daß die KPCh bereit ist, mit allen Arbeiterparteien Beziehungen zu errichten, wiederherzustellen oder weiterzuentwickeln, die ihre Unabhängigkeit und eine richtige Haltung an den Tag legen. "Andererseits werden wir uns mit Festigkeit all solchen Parteien widersetzen, die zwar das Banner der 'KP' schwingen, in Wirklichkeit aber andere Parteien unterdrücken wollen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen und sogar andere Länder mit Gewalt okkupieren." Zwischen diesen beiden Gruppen von Parteien müsse ein klarer Trennungsstrich gezogen werden. Heutzutage gilt der Grundsatz "Sich vereinigen und gemeinsam in die Zukunft blicken". Die Mißverständnisse der Vergangenheit sollten vergessen sein; worauf es ankommt, ist Maximierung der Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Minimalisierung der Differenzen (6).

Ähnlich argumentierte auch Deng Xiaoping. Es habe zwischen beiden KPs in den vergangenen 15 Jahren zahlreiche Drehungen und Wendungen gegeben. Angesichts der neuen internationalen Situation solle man Vergangenes jedoch begraben. Dem stimmte Berlinguer zu: Die KPI sei erfreut über die "positiven Wandlungen, die in China seit dem Sturz der Viererbande sich ereignet haben" (7).

Einer der Höhepunkte des Berlinguer-Besuchs war seine Rede vor Studenten der Peking-Universität am 16. April (8). Berlinguer lehnte dabei ausdrücklich das Konzept ab, wonach es nur ein für alle KPs anwendbares Modell des Übergangs zum Sozialismus gebe. In einem jedoch müssen sich alle KPs einig sein: Ungeachtet der jeweiligen Erfahrungen, der verschiedenen Wege und Positionen müsse es gemeinsame Anstrengungen gegen die Gefahren des Kriegs, gegen die Einmischung eines Landes in das Leben eines anderen sowie für die Gerechtigkeit und die Erneuerung der Welt geben. Gegenwärtig wachse überall auf der Welt die Gefahr, in den Beziehungen zwischen den Staaten zur Anwendung von Gewalt und zu verschiedenen Formen des Drucks zu greifen. "Deshalb wird es immer notwendiger, Verständnis und Zusammenarbeit zwischen jenen Kräften in der Welt zu suchen, die willens sind, den Frieden und die Rechte der Menschen in der ganzen Welt zu sichern und sich ihrer Souveränität und Unabhängigkeit zu erfreuen. Heute steht die Welt zunehmend vor der Wahl zwischen zwei grundsätzlichen Auswegen, nämlich entweder der Schaffung einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung in der Welt auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz sowie der Zusammenarbeit zwischen den Völkern oder aber der Möglichkeit einer schrecklichen Katastrophe."

Berlinguer betonte auch, daß die Beziehungen zwischen der KPI und der KPCh nicht gegen irgendeine andere Partei gerichtet seien. Im Gegenteil sollten sie dazu beitragen, eine Atmosphäre größerer Verständigung und Zusammenarbeit zwischen allen politischen Parteien und Bewegungen zu schaffen, die von der Idee des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus erfüllt sind (9).

Ähnlich wie die Chinesen urteilte also auch Berlinguer: Unterschiedliche Beurteilungen und Positionen dürften beide Parteien nicht daran hindern, Gemeinsamkeiten im Kampf um eine neue Weltordnung und um Frieden zu suchen. Beide Parteien müßten den gemeinsamen "Dialog" finden (10).

Ähnliche Erklärungen wurden von der KPI-Delegation bei ihren nachfolgenden Besuchen in Shanghai (11) und in Hangzhou (12) abgegeben.

III. Der Prozeß der Wiederversöhnung

a) Erste Kontakte

Erste Kontakte auf höchster Ebene waren Anfang November 1979 beim Besuch Hua Guofengs in Italien geknüpft worden. Doch Hua und Berlinguer waren damals nur kurz bei einem Empfang des italienischen Premierministers zusammengetroffen. Möglicherweise war dies der Anlaß für die KPI, der KPCh einen Vorschlag zur Zusammenarbeit zu unterbreiten - besser: die gegenseitigen Beziehungen zu normalisieren. Der italienische Vorschlag zur Wiederaufnahme normaler Parteikontakte soll drei Bedingungen enthalten haben (13), nämlich

- die gegenseitigen Beziehungen dürfen sich gegen keine dritte Partei richten (gemeint war hier offensichtlich die KPdSU),
- der KPI müsse es weiterhin erlaubt sein, an der Staats- und Parteipolitik der KPCh Kritik zu üben und
- drittens möge die KPCh den ersten Schritt tun und eine Parteidelegation nach Rom entsenden.

Angeblich hatten sich die Chinesen mit den ersten beiden Bedingungen einverstanden erklärt, im übrigen aber - anstatt auf den dritten Punkt einzugehen - KPI-Chef Berlinguer nach Peking eingeladen. Schon kurze Zeit vorher hatte die Renmin Ribao (14) erstmals seit Beginn des chinesisch-sowjetischen Bruchs den vollen Text einer Grußbotschaft der KPI veröffentlicht. Anlaß war der 30. Jahrestag der Gründung der VR China.

- b) Bedeutet die Wiederaufnahme der offiziellen Kontakte zur KPI gleichzeitig auch eine generelle Aussöhnung mit dem "Eurokommunismus"?

Der "Eurokommunismus" als solcher scheint den Chinesen offensichtlich nach wie vor höchst verdächtig. Auf die Frage eines Lesers: "Was ist eigentlich Eurokommunismus?" gab RMRB (15) folgende Erklärungen: Der Ausdruck "Eurokommunismus" stamme von Arrigo Levi, dem früheren Chefredakteur des italienischen "La Stampa". Levi habe damit eine bestimmte Form des Weges zum Sozialismus andeuten wollen, wie er von den kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens verfolgt werde. Auf einem Dreierparteitreffen in Madrid im März 1977 hätten sich die KP-Führer der drei Länder auf das "Eurokommunistische Manifest" geeinigt. Auch der französische KP-Führer George Marchais habe sich in einem Buch systematisch über den "Eurokommunismus" geäußert.

Das eigentliche Problem des Eurokommunismus bestehe darin, daß er auf "friedlichem und demokratischem Wege" zu einem Sozialismus schreiten wolle, der "national eingefärbt und human" sei. Außenpolitische Ziele der Eurokommunismus auf ein vereintes Europa, das von beiden Supermächten unabhängig agieren könne. Bei den Parteibeziehungen stehe die Betonung der strikten Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der einzelnen KPs im Vordergrund. Alle Parteien seien gleich, es gebe kein Führungszentrum und keine Führungspartei.

RMRB nahm m.a.W. eine recht zwiespältige Haltung ein: Auf der einen Seite betrachtete das Parteiblatt die Selbstständigkeitsbestrebungen der einzelnen KPs wohlwollend, andererseits scheint es von dem Humanitätsgerede und von dem vorgeschlagenen friedlichen ("parlamentarischen") Weg wenig zu halten. Der "Eurokommunismus" ist m.a.W. als solcher für Peking zu wenig attraktiv, um Entzücken auszulösen. Wenn es in manchen westlichen Darstellungen heißt, daß "Peking sich für den Eurokommunismus er-

wärmt" (16), oder daß der Besuch Berlinguers in Peking "eine neue Wendung der Geschichte des... Eurokommunismus darstellt" (17), so ist dies zweifellos zuviel des Guten.

Eurokommunisten müssen schon noch zusätzliche Qualitäten aufweisen, um in den Augen der chinesischen Ideologen akzeptabel zu sein, nämlich ein Quantum Antihegemonismus. Dies wird in vier Fällen besonders deutlich.

1. Jugoslawien: Jahrelang galt die "Tito-Clique" als Ausdruck des Verrats am Sozialismus schlechthin. Diese Einschätzung wandelte sich schlagartig im Jahre 1969. War Jugoslawien bis dahin Prügelknabe der chinesischen Propaganda, so bewirkten der Einmarsch des Warschauer Pakts in Prag (1968) und die Zwischenfälle am Ussuri (1969) in Peking einen schnell voranschreitenden Differenzierungsprozeß gegenüber dem einstigen Gegner. Der Balkanstaat galt einstweilen zwar nach wie vor als "revisionistisch", wurde jetzt jedoch als potentieller Verbündeter in einer antisowjetischen Einheitsfront betrachtet. 1970 fing man nach zwölfjähriger Unterbrechung wieder an, auf Botschafterebene zu verkehren. Seit 1971 gab es auch wieder relevante Handelsbeziehungen. Im Oktober 1977 schließlich wurden auch - anlässlich des Besuches von Tito in Peking - die Parteibeziehungen wiederhergestellt, so daß nunmehr selbst der Vorwurf des "Revisionismus" entfiel.

Genauso wie im Falle der KPI hatte die jugoslawische KP keine ihrer ursprünglichen Thesen von einem eigenen Weg zum Sozialismus und von der Blockfreiheit aufgegeben. Der Titoismus - ein Vorläufer des späteren Eurokommunismus - war den Chinesen nicht um seiner selbst willen sympathisch geworden, sondern wegen der antihegemonistischen Frontstellung Jugoslawiens und der jugoslawischen KP (18).

2. Im Oktober 1979 erhielt ein Repräsentant des Eurokommunismus, der tschechische "Dissident" Jiri Pelikan, einen hochrangigen Empfang in der chinesischen Hauptstadt. Pelikans antihegemonistisches Bekenntnis war der Grund für dieses freundliche Verhalten gewesen. Nebenbei wurde bei diesem Besuch auch deutlich, daß Peking ausländische Dissidenten mit anderen Maßstäben mißt als seine eigenen Abweichler.

3. Auf Sympathien stieß in Peking auch die Stellungnahme der spanischen KP gegen das sowjetische Afghanistan-Abenteuer.

4. Am stärksten aber zeigt sich die Wichtigkeit des antihegemonistischen Kriteriums im Verhältnis Chinas gegenüber der KP Frankreichs. Ginge es nur "eurokommunistischen" Gesichtspunkten nach, so müßten sich KPCh und KPF schnell versöhnt haben. Vielleicht hat kein anderer Politiker den "Eurokommunismus" ideologisch so eindrucksvoll mitbegründet wie George Marchais.

Nun ist es aber kein Geheimnis, daß die KPF, stärker als andere westeuropäische KPs, stets

ein gutes Verhältnis zu Moskau gesucht hat. Dies wurde bereits deutlich unter dem Vorgänger Marchais', Maurice Thorez, der 1962 bereits die KPCh mit dem Argument angriff, daß sie sich nicht an die Beschlüsse des sowjetischen XX. Parteitags gehalten habe. Die "Volkszeitung" (19) setzte sich daraufhin grundsätzlich mit Thorez und seinen Ansichten auseinander. Thorez habe den Chinesen linke Tendenzen vorgeworfen, deren Genese darauf zurückzuführen sei, daß die KPCh willkürlich von den Beschlüssen des XX. Parteitags abgerückt sei. Nun müsse man allerdings fragen, ob irgendjemand das Recht habe, zu verlangen, daß "alle Bruderparteien die Thesen einer einzelnen Partei annehmen". Was den XX. Parteitag der KPdSU anbelange, so habe er sowohl seine positiven wie auch seine negativen Seiten gehabt.

Auch in weiteren sino-sowjetischen Differenzen stellte sich Thorez auf die Seite der Sowjetunion. Peking hatte also allen Anlaß, der KPF nicht besonders wohlgesonnen zu sein.

Allerdings hätte man erwarten können, daß Peking den Nachfolger von Thorez, Marchais, positiver einschätzte, da dieser ja ganz auf die Unabhängigkeit der eurokommunistischen Parteien setzte. Die Chinesen wollten solchen Versicherungen allerdings nicht so recht trauen, da ihnen der enge Kontakt, den Marchais über die Jahre hin zur Sowjetunion unterhielt, nicht behagte. Als Marchais gar im Anschluß an den Afghanistan-Zwischenfall nicht davor zurückschreckte, Moskau zu besuchen, hatte er sich in Peking auch die letzten Sympathien verscherzt.

Umso mehr gewann Berlinguer: Er setzte sich in direkten persönlichen Kontakt mit Francois Mitterand, dem französischen Sozialistenführer, einem Gegner Marchais', und er lehnte gleichzeitig den von Polen und der KPF auf Anregung Moskaus gemeinsam vorgelegten Plan ab, an einem Treffen der Eurokommunistischen Parteien in Paris teilzunehmen.

Zwischen den beiden wichtigsten Eurokommunistischen Parteien gibt es seitdem einen Riß, der auch von Peking gesehen und ausgenützt wird.

c) Das Ergebnis: "Eurokommunistische" Antihegemonisten sind heute Pekings Freunde, "Eurokommunisten" ohne genügend Distanz zu Moskau dagegen Pekings Feinde.

Der sozialistische oder nichtsozialistische Charakter einer Partei wiegt m.a.W. gering gegenüber der Hegemonismus/Antihgemonismus-Komponente. Auch im Verhältnis zu den größeren europäischen KPs sowie zu den Splitterparteien (den KP/ML-Gruppen) hat sich heute der Hauptgesichtspunkt der chinesischen Außenpolitik, nämlich die Beurteilung des Partners nach Pro- und Anti-Moskau-Kriterien voll durchgesetzt.

Anmerkungen:

- 1) XNA, 17.4.80.
- 2) XNA, 15.4.80.
- 3) Hongqi 1963, Hefte 3 und 4.
- 4) XNA in SWB, 16.4.80.
- 5) XNA, 15., 16. und 17.4.80.
- 6) XNA, 15.4.80.
- 7) XNA, 17.4.80.
- 8) XNA, 17.4.80.
- 9) XNA, 15.4.80.
- 10) Ebenda, 17.4.80.
- 11) XNA, 20.4.80.
- 12) XNA, 21.4.80.
- 13) Dazu C.a., November 1979, 0 5.
- 14) RMRB, 1.10.79.
- 15) RMRB, 12.1.80.
- 16) FAZ, 3.4.80.
- 17) NZZ, 16.4.80.
- 18) Näheres Dohmen/Weggel, "Peking feiert Tito" in C.a., Oktober 1977, S.662-668.
- 19) RMRB, 27.2.63.